

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: DB 86 846 pbbn d

Inhalt

Christoph Zöpel MdL, NRW-Minister für Bundesangelegenheiten, setzt sich mit Biedenkopfs Zick-Zack-Kurs in der Wohnungspolitik auseinander: Pferdefüße in der Konzeption.

Seite 1/2

Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, zum 35. Jahrestag des 8. Mai 1945: Tag der Befreiung - nicht des Zusammenbruchs.

Seite 3

Uwe Jens MdB beleuchtet die ökonomischen Irrtümer des Professor Biedenkopf: Die programmierte Krise.

Seite 4

Dokumentation

Hans Ulrich Klose vor der Hamburger Bürgerschaft zur Kontroverse um Walter Jens.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 88

8. Mai 1980

Pferdefüße in der Konzeption

Biedenkopf im Zick-Zack-Kurs durch die Wohnungspolitik

Von Dr. Christoph Zöpel MdL
Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen

Der CDU-Abgeordnete Dr. Jahn hat in Bonn eine sogenannte "Wuppertaler Erklärung" zur Wohnungs- und Städtebaupolitik der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt. Polemisch behauptet er, die Wohnungsbaupolitik sei noch nie so unsozial, so familienfeindlich und so unwirtschaftlich gewesen wie heute - dies insbesondere im Blick auf Nordrhein-Westfalen. Eine derartige Polemik mag in Endphasen eines Wahlkampfes vielleicht entschuldigbar sein, in der Antwort sollte man sich aber auf die sachliche Auseinandersetzung, mit dem, was die CDU/CSU in ihrer Erklärung konkret zur Politik in diesem Bereich sagt, auseinandersetzen.

Da ist zunächst von einer "perspektivlosen" Politik der Bundesregierung die Rede. In ihren Thesen schließt sich die CDU/CSU aber dann fast nahtlos der von der Bundesregierung konzipierten und zum erheblichen Teil bereits längst in die Tat umgesetzten Politik an. Dies trifft etwa zu für die Forderung nach der Bildung von Wohneigentum, die unter CDU/CSU-Regierungen nie den Stellenwert hatte wie heute. Dies trifft ebenfalls zu für die Forderung nach einer Verbesserung des Mietwohnungsangebots und nach einer Konzentration der öffentlichen Hilfen auf besonders hilfsbedürftige Personengruppen.

Schnell offenbar werden allerdings auch die Pferdefüße in der Konzeption, die CDU und CSU in Wuppertal vorgelegt haben. Da ist zunächst von der Zerstrittenheit innerhalb von SPD und FDP über die Ziele der Wohnungsbaupolitik die Rede. Gleichzeitig wird auf eine auch von Professor Biedenkopf mit



abgegebene Erklärung verwiesen, eine CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen werde die Förderung der Eigentumsbildung im Wohnungsbau verstärken. Wenn dies tatsächlich von Professor Biedenkopf erklärt worden sein sollte, dann kann man für soviel Schizophrenie kaum mehr Verständnis aufbringen. In Bonn jedenfalls gibt sich Professor Biedenkopf als der Protagonist derjenigen, die eine ersatzlose Streichung der Fördermaßnahmen für die Eigentumsbildung im Wohnungsbau fordern, da die Versorgung in diesem Bereich als ausreichend anzusehen sei. Damit hat er sich zu Recht in seiner eigenen Partei heftigste Kritik eingehandelt. Immer häufiger verwirrt Biedenkopf mit spektakulären, sachlichen und politischen Kehrtwendungen seine Parteifreunde.

Im Blick auf den sozialen Mietwohnungsbau wird von einer Politik des "Berechtigungs-scheins statt Wohnung" gesprochen. Dem kann man schlicht gegenüberhalten, daß in den Jahren von 1970 bis 1980 allein in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus insgesamt mehr als 500.000 Wohnungen mit Bundesmitteln gefördert wurden. Rund 33 Prozent dieser Wohnungen waren Eigenheime, 60 Prozent Mietwohnungen und sieben Prozent Eigentumswohnungen. Dies ist angesichts der außerordentlichen Qualitätssteigerungen auch im sozialen Wohnungsbau und der Preissteigerungen ganz gewiß eine beachtliche Leistung.

Sybillinisch drückt sich die CDU/CSU einmal mehr beim Thema Kündigungsschutz aus. Da ist zunächst in den Thesen zu lesen, die CDU/CSU bejahe den gesetzlich festgelegten Schutz des Mieters gegenüber nichtgerechtfertigten Kündigungen. Wenig später heißt es dann aber: Im Bereich des frei finanzierten Mietwohnungsbaus solle das investitions-hemmende Mietrecht geändert werden. Wie diese Änderungen genau aussehen sollen, darauf versagt die CDU/CSU erneut, wahrscheinlich aus gutem Grund, die Antwort. Wohin grundsätzlich der Weg führen soll, zeigt die Forderung nach einer noch weiteren Lockerung der Bindungen für Sozialwohnungen. Gerade in einer Zeit in der, wie auch eingangs von der CDU/CSU festgestellt wird, der vorhandene Bestand an Sozialwohnungen dringend erforderlich ist, mutet diese Forderung mehr als widersprüchlich an.

Schließlich heißt es im Papier, das soziale Ärgernis der Fehlbelegung müsse verringert werden. In diesem Anliegen stimmt sicher jedermann mit der CDU/CSU überein. Nur ver-gißt die CDU/CSU auch hier darauf hinzuweisen, wer sich bisher Möglichkeiten zur Lö-sung dieser Problematik in den Weg gestellt hat. So waren es in der Vergangenheit CDU/CSU-regierte Landesregierungen, die entsprechende Gesetzesvorschläge abgelehnt haben. Das Land Bremen etwa und das Land Nordrhein-Westfalen haben vor Jahren ent-sprechende Maßnahmen gegen die Herausbildung neuer Fehlbelegungs-fälle ergriffen. Zu fragen ist auch hier die CDU/CSU, warum von ihrer Partei gestellte Landesregierungen solchem Beispiel nicht gefolgt sind oder erst sehr spät, wie die bayerische Staats-regierung vor wenigen Wochen.

In der Forderung nach einer Vermehrung des Baulandangebotes schließlich wiederholt die CDU/CSU lediglich seit langem erhobene entsprechende Appelle des Bundes. Hier sind ebenfalls die CDU/CSU-regierten Länder und Gemeinden gefragt, einmal auf den Tisch zu legen, was sie getan haben. Die Bundesregierung hat dies mit ihrem Bericht über die verbilligte Veräußerung von Grundstücken aus Bundesbesitz für den Bau von Familienhei-men erst vor wenigen Tagen deutlich gemacht. Insgesamt bewertet bringt das CDU/CSU-Thesenpapier nichts Neues. Es zeigt lediglich, daß nach wie vor inhaltlich die Alter-native zur Wohnungs- und Städtebaupolitik der Bundesregierung fehlt und versucht dies durch kräftige Polemik zu verschleiern.



Tag der Befreiung - nicht des Zusammenbruchs

Gedanken zum 35. Jahrestag des 8. Mai 1945

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin

Heute begehen wir und mit uns viele Menschen in aller Welt den 35. Jahrestag des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges in Europa. Für uns ist der 8. Mai 1945 ein Datum ganz besonderer Art, denn ein anderer Ausgang des zweiten Weltkrieges hätte dem Leben aller jüdischen Menschen ein Ende gesetzt, und für die Völker Europas, die in den nationalsozialistischen Machtbereichen geraten waren, ist der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung, für alle anderen Nationen ist er der Tag der Rettung vor der furchtbarsten Knechtschaft der menschlichen Geschichte.

Nicht zuletzt für das deutsche Volk besitzt der 8. Mai 1945 eine entscheidende positive Bedeutung: Denn das an jenem Tage besiegelte Ende des nationalsozialistischen Regimes bildete die entscheidende Voraussetzung für das Entstehen einer freiheitlichen Ordnung im größeren Teil Deutschlands.

Leider bleibt noch immer festzustellen, daß diese Bedeutung des 8. Mai 1945 hierzulande durchaus nicht überall erkannt wird. Vieles, was das nationalsozialistische Gewaltregime zu verantworten hat und was auch in unseren Tagen noch schwerhaft spürbar ist, wird anderen angelastet. Der 8. Mai 1945, und nicht der 30. Januar 1933, gilt im Bewußtsein vieler als "Tag des Zusammenbruchs". Von so manchen wird die nationalsozialistische Gewaltherrschaft als eine zwar harte, aber nicht völlig außerhalb von Recht und Gesetz stehende staatliche Ordnung angesehen, eben nicht als ein System von einzigartigem kriminellen Charakter.

Eingedenk der Bedeutung dieses Tages appellieren wir an alle Demokraten hierzulande, gemeinsames über Trennendes zu stellen, in den Schicksalsfragen unserer Zeit einig zu sein und unsere Demokratie entschlossen gegen alle zu verteidigen, die sie bedrohen.

Unser Appell richtet sich auch an die Staatsmänner und an die Regierungen aller Länder. Gerade in dieser Zeit, in der der Frieden gefährdet ist und in der die Verletzung von Menschenrechten noch nicht der Vergangenheit angehört, mögen sie sich auf ihre Verantwortung für das Schicksal der Menschheit besinnen. Die Welt steht an einem Scheideweg. Uns alle mahnt die Erinnerung an das furchtbare Geschehen, dem am 8. Mai 1945 ein Ende gesetzt wurde. Niemals wieder dürfen sich solche grauenhaften Ereignisse wiederholen. Auch im politischen Leben, auch in den Beziehungen zwischen Völkern und Staaten müssen Moral und Vernunft endlich zu ihrem Recht kommen.

(-/ 8.5.1980/hl/ca)

+

+

+



Die programmierte Krise

Die ökonomischen Irrtümer des Professor Biedenkopf

Von Dr. Uwa Jens MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsicht ist angebracht, wenn Juristen sich mit ökonomischen Problemen befassen. Mit dem jüngsten Buch von Professor Biedenkopf: "Die programmierte Krise", wird in der Tat die Krise vorprogrammiert, vor allem dann, wenn die veralteten ökonomischen Thesen jemals verwirklicht werden sollten.

Seine Kernaussage läßt sich in den Worten zusammenfassen: Vollbeschäftigungspolitik soll nicht mehr betrieben und die staatlichen Aktivitäten müssen generell zurückgedrängt werden. Mit dieser Kritik an der staatlichen Wirtschaftspolitik steht Biedenkopf nicht alleine; der Bundesverband der Deutschen Industrie stößt seit einiger Zeit in das gleiche Horn.

Ohne staatliches Gegensteuern hätten wir nach seinen eigenen Aussagen seit 1975 nur "Nullwachstum" gehabt und das soll wohl heißen: Kein Wirtschaftswachstum! Aber was wären dann die Folgen gewesen? Zweifellos wäre weiterhin die Arbeitsproduktivität in unserer Volkswirtschaft gestiegen und zwar durch neue und zusätzliche Maschinen, also durch vermehrten Kapitaleinsatz. Gut und gerne kann man von einem Zuwachs der Produktivität um mindestens zwei Prozent ausgehen - auch ohne staatliches Zutun. Konsequenterweise hätte das dann ein Minus des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens von zwei Prozent zur Folge. Bei gleichbleibender Arbeitszeit - denn von Arbeitszeitverkürzung will man ebenfalls nichts wissen - hätten wir somit heute mindestens eine Arbeitslosenziffer von über zwei Millionen!

Doch was sind die Motive für derartige Forderungen? Zunächst einmal müßten bei hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer mit weniger Lohn zufrieden sein; denn bei Arbeitslosigkeit sind die Gewerkschaften relativ schwach und können keine adäquaten Lohnerhöhungen fordern. Im Unternehmen sind die Unternehmer wieder "Herr im Hause"; wenn ein Arbeitnehmer nicht pariert, droht im Arbeitslosigkeit. Dadurch wird die Leistung im Betrieb gesteigert, aber auch der Leistungsdruck für die Arbeitnehmer. Auf alle Fälle würde sich die Gewinnsituation der Unternehmen verbessern, die Einkommensposition der Arbeitnehmer verschlechtern.

Jeder vertritt eben seine Interessen, wie die politische Ökonomie richtig unterstellt: Die Interessen des Herrn Biedenkopf und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sind offenbar identisch. Das sind jedoch nicht die Interessen der arbeitenden Menschen in unserem Lande.

Die Politik, die Herr Biedenkopf betreiben möchte, wird im Übrigen seit einigen Jahren von Frau Thatcher in Großbritannien betrieben. Konkret sah diese Politik bisher wie folgt aus: Erhöhung der Mehrwertsteuer und Kürzung der Staatsausgaben mit Ausnahme der Verteidigungslast. Das Ergebnis: Als die konservative Regierung ihr Amt übernahm, hatte Großbritannien eine Preissteigerungsrate von rund zehn Prozent mit sinkender Tendenz. Die gleiche Rate liegt heute bei 18 Prozent und das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr - nach vorsichtigen Schätzungen - sogar um 1,5 Prozent geringer sein. Dafür steigt jedoch die Quote der Arbeitslosen von 5,6 Prozent in 1979 auf 6,6 Prozent in 1980 nach dem Vorliegen der Prognosen.

Dabei hat England - im Gegensatz zur Bundesrepublik - durch seine Übersorgung in der Nordsee keine Belastungen, sondern eher außerordentliche Gewinne zu verzeichnen. Doch die Zurücknahme der öffentlichen Leistungen hat den sozialen Frieden in diesem Lande völlig zerstört, der bei uns bis heute noch vorhanden ist. Für die arbeitenden Menschen in Nordrhein-Westfalen ist nur zu hoffen, daß Herr Biedenkopf nie in die Lage versetzt wird sein wirtschaftliches Konzept jemals auszuprobieren.

+ + + (-8.5.1980/ks/ca)

Vermittliger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Dokumentation

In der Hamburger Bürgerschaft hat die CDU-Opposition am Mittwochabend eine scharfe Kontroverse gegen die geplante Berufung des Tübinger Rhetorik-Professors Walter Jens an die Hamburger Universität entfacht. Wir dokumentieren die Erwiderung des Hamburger Ersten Bürgermeisters Hans Ulrich Klose.

Es geht um das rechte Verständnis von Freiheit

Als Walter Jens den Lessing-Preis 1968 erhielt, geschah das mit folgender Begründung:

"Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verleiht nach dem Beschluß des hierfür berufenen Kollegiums den Lessing-Preis 1968 Professor Dr. Walter Jens in Würdigung seiner auf eine zeitgerechte politische und sittliche Aufklärung zielenden schriftstellerischen Werke, insbesondere seiner kritischen Beiträge zu Literaturwissenschaft und Rhetorik sowie seiner mutig ins öffentliche Bewußtsein wirkenden Tätigkeit als vielseitiger Publizist, in Anerkennung aber auch seiner vorurteilsfreien Bemühungen um die Neugestaltung des Lehrbetriebes an den deutschen Universitäten.

Der Präsident des Senats Dr. Herbert Weichmann"

Eigentlich genügt schon diese Begründung, um die Angriffe gegen Walter Jens zurückzuweisen. Aber es geht ja nicht nur um Walter Jens, um die Frage, ob er in Hamburg Professor werden darf oder nicht. Es geht um das rechte Verständnis von Freiheit.

Mir fällt auf, daß, wenn bei uns von Freiheit gesprochen wird, dies häufiger geschieht, um einengend deren Grenzen zu fixieren, nicht aber oder weniger, um deren Wahrnehmung zu ermöglichen.

Walter Jens gehört zu jenen, die von dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Er gehört zu jenen, die sich darum sorgen, daß Menschen eingeschüchtert und damit abgehalten werden können, von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Das diese Sorge berechtigt ist, beweist die Anfrage der CDU. Aus jeder Zeile dieser Anfrage spricht der Geist des Hamburger Hauptpastors Göze, der Lessing aus Hamburg herausekelte, spricht der Geist der Intoleranz.

Das Ziel dieser Anfrage ist es, Walter Jens und andere, die so denken wie er, abzuschrecken, ihre Meinung frei zu sagen. Sie sollen eingeschüchtert werden. Dem widersetzen wir uns entschieden, weil wir das volle Recht auf Meinungsfreiheit auch denen gewährleisten wollen, deren Meinungen uns politisch nicht passen.

Ich akzeptiere, daß die CDU die politischen Meinungen von Professor Jens, die ich im Grundsatz teile, kritisiert. Aber ich bestreite ihr das Recht, Herrn Professor Jens deswegen menschlich oder wissenschaftlich abzuqualifizieren. Wie ich auch der Univer-



sität oder einzelnen Professoren das Recht bestreite, einen Wissenschaftler aus politischen Gründen als Wissenschaftler abzulehnen oder politische Einstellungen zum Auswahlkriterium für Professoren zu machen. Wenn das geschieht, verliert die Wissenschaft den sie legitimierenden Anspruch auf wissenschaftliche Freiheit. Sie gäbe ihn auf.

Zugegeben - man kann, muß vielleicht sogar die Rolle der Intellektuellen in der Demokratie kritisch würdigen. Auch historisch, auf Weimar Bezug nehmend. Wenn das aber glaubwürdig sein soll, dann müssen Politiker, die doch Sachverständige für Politik sein wollen, alles unterlassen, was Intellektuelle politisch ins Abseits drängen könnte. Wer so verfährt, wie die CDU in diesem Hause, oder wer, bezogen auf Intellektuelle, von Ratten und Schweißfliegen spricht, der betreibt eine Strategie der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen, der drängt kritische Intellektuelle politisch in eine extreme Ecke und empört sich dann, wenn die so angegriffenen aus dieser Ecke heraus heftig reagieren.

De Gaulle - vor eine bestimmte Entscheidung in Sachen Jean Paul Sartre gestellt - formulierte den berühmten Satz: "Man verhaftet nicht Voltaire."

De Gaulle war ein großer Mann, und man darf nicht von jedem Politiker Größe fordern. Aber leider - leider aus der Sicht Deutschlands - ist auch richtig, daß de Gaulle sich mit seiner Äußerung in der Tradition des französischen Geisteslebens, in jener Tradition der Freiheit bewegte, die wir noch nicht haben.

Noch nicht, denn ich hoffe, daß diese Debatte dazu beitragen wird, uns sensibler zu machen für die inneren Bedrohungen der Freiheit. Vielleicht tragen die Anfrage der CDU und die Debatte darüber dazu bei, daß wir lernen, uns um der Freiheit willen zu schämen.

(-/8.5.1980/hl/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

